

Politischer Jahresbericht

Israel 2007/2008



Tel Aviv

Länderbüro Israel, Juli 2007 – Juli 2008

Von Jörn Böhme

August 2008

Inhalt

Zusammenfassung.....	3
Israel im regionalen und internationalen Kontext.....	4
Innenpolitische Entwicklungen.....	12
Ausblick.....	21

Zusammenfassung

Die Entwicklung Israels war im Berichtszeitraum von einer Fülle von Widersprüchen geprägt. Möglicherweise stehen Neuwahlen vor der Tür. Zum 60. Jahrestag der Staatsgründung erhielt Israel in beeindruckender Fülle Glückwünsche und Besuche.



Blick vom Azrieli Tower

Alle Fotos: Maud Meinel, Tel Aviv

Die Feierlaune war allerdings getrübt. Nicht zuletzt durch den Zustand der Regierung und die zahlreichen innenpolitischen Probleme. Durch den Versuch des Iran, in den Besitz von Atombomben zu gelangen, sehen zudem viele Israelis die Zukunftsaussichten stärker beeinträchtigt, als durch den unmittelbaren Konflikt mit den Palästinensern.

Auch wenn es im Sommer 2008 so aussieht, als hätten sich in der US-Administration diejenigen durchgesetzt, die einen militärischen Angriff Israels gegen den Iran als gegen die Interessen der USA ansehen, so steht noch nicht fest, ob das Thema in Israel auf die Ebene innenpolitischer Profilierungsversuche zurückgedrängt worden ist.

Im Mai 2008 wurden durch die Türkei vermittelte indirekte Verhandlungen zwischen Israel und Syrien aufgenommen. Bisher ist aber nicht direkt verhandelt worden, die USA sind nicht involviert.

Die Konferenz von Annapolis sollte den israelisch-palästinensischen Verhandlungen neue Impulse geben. Tatsächlich klang die Rhetorik nach Fortschritten. „On the ground“, am Ort, gehen mit dem Bau von Siedlungen, Straßen und der Sperranlage die Prozesse weiter, die die Schaffung einer nachhaltigen Zweistaatenstruktur immer schwieriger machen.

Eine Mehrheit der Israelis steht dieser Entwicklung weitgehend gleichgültig gegenüber. Die Menschen glauben nicht an ein realistisches Abkommen mit den Palästinensern in absehbarer Zeit. Sie sind derzeit nicht bereit, den Preis für ein Friedensabkommen mit Syrien zu zahlen. Sie haben kein Vertrauen in die Regierung und keines in den Ministerpräsidenten.

Auf dem Höhepunkt der Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag der Staatsgründung wurden neue Korruptionsvorwürfe gegen den Ministerpräsidenten öffentlich. Im Sommer 2008 gab Ehud Olmert endlich auf und erklärte, er werde bei der Wahl eines neuen Vorsitzenden der Kadima-Partei nicht wieder antreten.

Die Themen im Einzelnen

Israel im regionalen und internationalen Kontext

Die israelisch-syrischen „Beziehungen“ vollziehen eine beachtliche Achterbahnfahrt. Noch im Sommer 2007 wurde über einen möglichen Krieg mit Syrien spekuliert. Anfang September 2007 bombardierten israelische Flugzeuge eine Fabrik in Syrien, die nach israelischen und US-amerikanischen Angaben eine von Nordkorea gelieferte Nuklearanlage war. Das syrische Regime reagierte darauf nicht. Ebenso wenig reagierte Syrien bislang auf die Tötung des führenden Hisbollah-Funktionärs Imad Mughniyah mitten in Damaskus Mitte Februar 2008. Der Anschlag wird Israel zugeschrieben.

Die israelische Regierung erklärte Ende Mai 2008, dass es indirekte Gespräche zwischen israelischen und syrischen Vertretern unter Vermittlung der Türkei geben wird. Ministerpräsident Olmert erklärte, die Gespräche würden weder einfach noch kurz sein, doch halte er die Erfolgsaussichten für größer, als das Risiko des Scheiterns. Die Türkei drängt darauf, dass die Verhandlungen in direkte Verhandlungen übergehen. Die syrische Seite besteht auf einer Teilnahme der USA, glaubt aber, dass dies während der Amtszeit von Präsident George W. Bush nicht geschehen wird. Frankreich, dessen Präsident Nicolas Sarkozy dem syrischen Präsidenten auf der Mittelmeerkonferenz im Juli 2008 den Weg zurück auf die diplomatische Bühne ebnete, wird die USA ersetzen können.

Die beiderseitigen Interessen sind klar: Syrien möchte seine internationale Isolation durchbrechen, die Beziehungen zu den USA verbessern und seine Interessen im Libanon anerkannt sehen. Darüber hinaus fordert es die von Israel 1967 besetzten Golanhöhen zurück. Israel will, dass Syrien seine Beziehungen zu Iran aufgibt und die Unterstützung radikaler palästinensischer Gruppen beendet. Damit sind auch die Probleme der Verhandlungen benannt. Die USA sind

bislang nicht aktiv beteiligt. Syrien wird seine Beziehungen zu Iran möglicherweise modifizieren, aber nicht abbrechen. Eine schwache israelische Regierung wird nicht in der Lage sein, die Mehrheit der jüdischen Israelis, die gegen eine Rückgabe der Golanhöhen sind, davon zu überzeugen, dass es im nationalen Interesse Israels liegt, dies zu tun. Im Gegensatz zur Westbank gibt es im Golan weder einen gewaltsam ausgetragenen Konflikt noch ein demografisches Problem. Außerdem siedeln im Golan vor allem säkulare Israelis. Nicht zuletzt im Zusammenhang mit einer möglichen Rückgabe der Golanhöhen steht das so genannte Referendumgesetz, das Ende Juni im israelischen Parlament in erster Lesung debattiert wurde. Danach ist ein nationales Referendum oder eine zwei Drittel Mehrheit der Knesset Abgeordneten vorgeschrieben, bevor Gebiete, die sich unter israelischer Kontrolle befinden zurückgegeben werden.

Weiterhin wird in Israel über Prioritäten gestritten: Sollen die syrisch-israelischen Verhandlungen mit Vorrang oder gleichberechtigt neben den israelisch-palästinensischen verfolgt werden? Die jüngsten Kontakte zwischen den Präsidenten Bashar al-Assad und Mahmud Abbas deuten darauf hin, dass Assad eine Vermittlungsrolle im israelisch-palästinensischen Konflikt spielen und dadurch seine Rolle im Nahen Osten stärken will. Iran und Hisbollah haben die syrische Politik bisher nicht kommentiert. Wenn die Annahme stimmt, dass die israelisch-palästinensischen Verhandlungen in absehbarer Zeit ohnehin keine praktikablen Ergebnisse hervorbringen werden, schrumpft der vermeintliche Gegensatz zwischen beiden Verhandlungsebenen.

Die Entwicklung im Libanon wird in Israel mit Sorge beobachtet. Das betrifft vor allem den politischen Machtgewinn der islamistischen Hisbollah. Der Gefangenenaustausch mit der Hisbollah wurde schließlich von der Mehrheit der Israelis befürwortet trotz der Freilassung von Samir Kuntar, der in großem Konsens als ein abscheulicher Verbrecher gilt. In der

zahlenmäßig kleinen Gesellschaft Israel ist es ein Grundprinzip, keine Soldaten zurückzulassen und Klarheit über deren Schicksal für die Angehörigen zu schaffen. Die Mehrheit der Israelis sah zwar keine Alternative zu dem Austausch, doch angesichts des Begräbnisses der beiden Soldaten in Israel bei gleichzeitigen Freudenfeiern im Libanon und doch blieb ein ambivalentes Gefühl zurück.

Mit Sorge wird auch die militärische Wiederaufrüstung der Hisbollah gesehen. Inzwischen soll sie über mehr Raketen verfügen als zu Beginn des zweiten Libanonkrieges. Die Langstreckenraketen, die damals bis Tel Aviv reichten, aber in den ersten Kriegstagen zerstört wurden sollen heute bis Dimona im Süden Israels reichen. Nach dem zweiten Libanonkrieg wurde vielfach die Auffassung vertreten, Israels Abschreckungsfähigkeit sei durch den Verlauf des Krieges beschädigt worden. Inzwischen wird von Fachleuten und Journalisten darauf verwiesen, dass im Israel-Libanon-Krieg die fünfzigfache Feuerkraft verschossen wurde als die Hisbollah gegen Israel schoss. Damit sei die Botschaft versendet worden, beim nächsten Mal müsse Hisbollah mit einem ähnlichen Vorgehen rechnen.

In Israel wird deshalb damit gerechnet, dass Hisbollah als Reaktion auf die Tötung von Imad Mughniyah erneut einen Anschlag gegen israelische oder jüdische Einrichtungen in einem Land ausführen wird, in dem die Sicherheitsbedingungen nicht so strikt sind, wie im westlichen Ausland.

Die Arabische Liga hat bei ihrem Gipfeltreffen im März 2008 ihre Friedensinitiative bestätigt, die Israel eine Normalisierung der Beziehungen anbietet, wenn sich das Land aus den 1967 besetzten Gebieten zurückzieht. Linke Kritiker und Kritikerinnen der israelischen Regierung und von Ministerpräsident Olmert sehen einen großen Fehler darin, dass die israelische Regierung diese Friedensinitiative nicht positiv aufgegriffen hat.



Dizengoff Street

Der Versuch des iranischen Regimes Verfügungsgehalt über Nuklearwaffen zu erlangen, ist ein Dauerthema des israelischen Diskurses. Lediglich die Intensität variiert, mit der das Thema verhandelt wird. Dabei besteht weitgehend Konsens, dass ein nuklearisierter Iran für Israel nicht akzeptabel ist. Viele halten den iranischen Präsidenten für einen irrationalen Akteur. Sowohl für die Mehrheit der jüdischen wie für die Mehrheit der arabischen Israelis steht die Furcht vor einem Iran mit Nuklearwaffen an erster Stelle ihrer Zukunftsängste. Knapp die Hälfte der jüdischen Israelis plädiert in einer Umfrage gegebenenfalls für eine Bombardierung der iranischen Nukleareinrichtungen auch wenn Israel dies allein tun müsste.

Der im Dezember veröffentlichte Bericht der US-Geheimdienste hat im israelischen Diskurs an der Einschätzung der Bedrohlichkeit des Iran nichts verändert.

Es wird befürchtet, dass ein nuklearisierter Iran ungehindert in die bestehenden Konflikte eingreifen werde, unter anderen über seine Stellvertretergruppen wie Hisbollah und Hamas.

Die Einschätzungen über die Wahrscheinlichkeit eines militärischen Angriffes von Israel und/oder den USA gegen Iran gehen weit auseinander. Sie reichen von Spekulationen über einen Angriff zwischen der Wahl des neuen US-Präsidenten im November 2008 und dessen Amtseinführung im Januar 2009 bis zu der Einschätzung, die USA hätten Israel hinsichtlich

eines militärischen Angriffs die rote Karte gezeigt. Inwieweit Israel einen solchen Angriff allein und nur mit Duldung der USA ausführen könnte, ist unter westlichen Militärexperten umstritten. In Israel soll es zwei Denkmuster hinsichtlich eines militärischen Angriffs gegen den Iran geben: Der Militärgeheimdienst und das Oberkommando des Nordens wollen den Angriff verschieben, während die Luftwaffe, der Auslandsgeheimdienst Mossad und Ministerpräsident Olmert ihn vorantreiben wollen. Andererseits gibt es dem Vernehmen nach in Militärkreisen keine Begeisterung über eine militärische Angriffsoption. Alle Einschätzungen und Spekulationen über einen militärischen Angriff könnten sich allerdings dadurch als gegenstandslos erweisen, dass es einen Zwischenfall oder eine militärische Provokation gibt.



Laden in der Bograshov Street

Spekuliert wird über ungewohnte Schritte der USA gegenüber dem Iran: So wird über die Eröffnung einer Interessenvertretung in Teheran nachgedacht; die Nummer drei im Außenministerium nahm kürzlich an den Verhandlungen mit Iran über dessen Nuklearprogramm teil. Ist dies Ausdruck einer grundsätzlichen Änderung der Politik Washingtons oder nur ein taktischer Zug der sogar Ausdruck der Vorbereitung eines Militärschlages sein könnte? Auf jeden Fall würde ein solcher Angriff, auch wenn er von Israel erfolgte, in der Region den USA zugerechnet. Von israelischer Seite wird betont, dass es bei einem Angriff keineswegs um die völlige Zerstörung des iranischen Nuklearpotentials gehe. Doch schon mit einer deutlichen Behinderung des iranischen Nuklearpotentials sei wertvolle Zeit gewonnen.

In Israel gibt es zwei Lager: Die einen betonen die Notwendigkeit, das Problem zu einem Internationalen zu erklären und dem Eindruck entgegen zu wirken, eine Nuklearisierung des Iran sei in erster Linie ein Problem Israels. Andere instrumentalisieren das Thema innenpolitisch. Benjamin Netanyahu hat dies bereits mehrfach unter Beweis gestellt. Ihm hat sich jüngst Shaul Mofaz, früherer Generalstabschef, späterer Verteidigungsminister und heutiger Verkehrsminister angeschlossen: Er erklärte Anfang Juni 2008, angesichts der Erfolglosigkeit der Sanktionen erscheine ein militärischer Angriff auf die iranischen Militäranlagen unvermeidlich. Daraufhin stiegen die Ölpreise.

Emily Landau, Mitarbeiterin des Institute for National Security Studies (INSS) mit dem die Heinrich-Böll-Stiftung zwei Veranstaltungen zum Thema Iran durchführte, forderte in einem Artikel eine kluge Diplomatie und Geheimgespräche. Dabei müsse man ebenso aufhören, die Beendigung der Urananreicherung als Vorbedingung für Verhandlungen zu machen, wie sich nur auf die Nuklearbestrebungen des Iran zu konzentrieren.

Bei aller Sorge wird das Thema in Werbung und Unterhaltungsindustrie mit Humor behandelt. Eine große israelischen TV-Kabelgesellschaft erfand einen neuen Star: Achmadinejad. In einem Werbespot droht er, am kommenden Montag sei das Ende von Israel gekommen. Doch statt Applaus erntet er aus der Menge Widerspruch, der sich wie ein Lauffeuer über das ganze Land ausbreitet. An diesem Montag nämlich strahlt die Kabelgesellschaft eine neue Folge der in Israel beliebten Fernsehserie Danny Hollywood aus, die auch die iranische Bevölkerung sehen will.

(<http://www.youtube.com/watch?v=5W9U8eO2GE0>)

Der israelisch-palästinensische Konflikt

In die israelisch-palästinensischen Beziehungen ist im vergangenen Jahr Bewegung gekommen. Gleichzeitig hat sich die Lage verkompliziert. Die im Sommer 2007 von US-Präsident George W. Bush angekündigte Nahostkonferenz fand im November 2007 in der US-amerikanischen Stadt Annapolis statt. Im Vorfeld

und die Konferenz selbst waren jedoch von Skepsis zu ihrem Erfolg begleitet. Das zeigte eine Karikatur, bei der Ehud Olmert und Mahmud Abbas vor dem Eingang zur US Naval Academy in Annapolis stehen und zueinander sagen: „Lass uns die Klingel drücken und wegrennen“.



Künstlerviertel in Jaffa

Seit der Konferenz finden regelmäßige Treffen zwischen dem palästinensischen Präsident Abbas und Ministerpräsident Olmert statt. Das palästinensische Verhandlungsteam wird von dem ehemaligen Ministerpräsident Achmed Qurei (Abu Ala) geleitet, das

israelische von Außenministerin Zippi Livni. Die Verhandlungen im Sommer 2008 sind zwiespältig. Die negative Einschätzung sieht zwei Universen: das Universum der Verhandlungen und das Universum der Situation vor Ort. Beide Universen hätten nichts miteinander zu tun, wird verlautet. Nach dieser Lesart sind Ergebnisse bei den Verhandlungen wegen der Spaltung der palästinensischen Seite in Fatah (Westbank) und Hamas (Gaza) ohnehin nicht zu erwarten. Würde diese Spaltung im Sinne von neuen Gesprächen zwischen Fatah und Hamas und einer neuen Regierung der nationalen Einheit überwunden, wäre für die Verhandlungen nichts gewonnen. Die israelische Regierung würde mit einer palästinensischen Regierung der nationalen Einheit keine Verhandlungen führen, solange Hamas die Bedingungen des Quartetts nicht erfüllt. Diese pessimistische Lesart wird durch die Einschätzung ergänzt, dass die Akteure auf beiden Seiten mit einem zu geringen Rückhalt in der jeweils eigenen Gesellschaft agieren. Selbst bei einer Einigung gebe es keine realistische Chance einer Umsetzung, da jede Einigung mit für beide Gesellschaften schmerzhaften Kompromissen verbunden wäre.

Für die skeptische Einschätzung spricht, dass auf israelischer Seite der Siedlungsausbau weiter geht, nicht zuletzt im besonderen Spannungsfeld Jerusalem. Die israelische Regierung hat trotz zahlreicher gegenteiliger Versprechungen keinen einzigen Außenposten geräumt. Ebenso wenig wurden die eingeschränkte Bewegungsfreiheit für die Palästinenser in der Westbank gelockert. Bislang scheiterte jeder Versuch, solche Vorhaben umzusetzen am israelischen Militär. Hier schreitet eine Entwicklung voran, die am Ort („On the Ground“) die Voraussetzungen für die Umsetzung einer Zweistaatenregelung unmöglich macht. Nicht wenige vor allem auf palästinensischer Seite halten dies aufgrund der Lage für unmöglich.



Dizengoff Street

Die Kritik an der israelischen Regierung und an Ministerpräsident Olmert lautet: Sie reden wie die linksliberale Partei Meretz und machen eine Politik wie Likud. Diese Kritik findet sich in einer Anzeige der israelische Friedensgruppe „Peace Now“, die zum Zeitpunkt des „jüdischen Karnevals“ Purim veröffentlicht wurde: Zwei Fotos, die jeweils aus zwei Teilen bestehen. Der linke Teil des linken Fotos: Olmert. Der rechte Teil des linken Fotos: Netanyahu. Der linke Teil des rechten Fotos: . Der rechte Teil des rechten Fotos: Barak. Die Überschrift lautet: „Für die israelische Regierung ist jeder Tag Purim“.

Es gibt auch hoffnungsvollere Einschätzungen. Danach haben sowohl Ministerpräsident Olmert wie auch Außenministerin Tzipi Livni verstanden, dass die Zeit nicht für Israel arbeitet und die Existenz von Israel als jüdischer und demokratischer Staat nur durch Gründung eines eigenständigen Staates für die Palästinenser gesichert ist. Als Beleg dafür gilt das Zitat von Olmert, der Staat Israel sei ohne einen palästinensischen Staat am Ende. Auch auf palästinensischer Seite gibt es Stimmen, die eine Überraschung in letzter Minute zwar für unwahrscheinlich halten, aber nicht ausschließen.

Begleitet wird diese Entwicklung von zunehmenden Übergriffen jüdischer Siedler und israelischer Soldaten auf Palästinenser und Palästinenserinnen in der

Westbank, die durch Videofilme an die Öffentlichkeit kommen. Die israelischen Sicherheitsorgane sehen meist weg.

Ein Gesetzentwurf der Abgeordneten Colette Avital (Arbeitspartei) und Avshalom Vilan (Meretz), der Siedlern östlich der Sperranlage, die bereits jetzt ihre Siedlungen verlassen, Kompensation verspricht, liegt vor. Er wurde aber bisher aus Furch vor einer Ablehnung bzw. in der Hoffnung, die Regierung werde ihn in der Zukunft unterstützen in der Knesset noch nicht zur Abstimmung gebracht.

Die Machtübernahme von Hamas in Gaza, die Entführung des israelischen Soldaten Gilad Shalit und der andauernde Beschuss des israelischen Südens stellten die israelische Regierung vor neue Herausforderungen. Sie riegelte den Gazastreifen ab und reagiert mit Militäraktionen. Immer wieder war die Rede von einer bevorstehenden Militärintervention



Israels im Gazastreifen. Während die israelische Regierung zunächst die ägyptische Regierung kritisiert hatte, nicht ausreichend gegen den Schmuggel von

Waffen aus Ägypten in den Gazastreifen vorzugehen, erkennt sie inzwischen die ägyptische Vermittlungstätigkeit an. Schließlich wurde im Juni 2008 ein von Ägypten vermittelter Waffenstillstand vereinbart. Trotz der Waffenstillstand teilweise verletzt wurde, hat sich die Lage deutlich beruhigt. Zahlreiche Beobachter gehen jedoch davon aus, dass dies vorübergehend so bleibt und es zu einer israelischen Militärintervention kommen kann.



Künstlerviertel in Jaffo

Das angespannte und nach der Machtübernahme von Gaza zerrüttete Verhältnis zwischen Fatah und Hamas hat sich nicht verbessert. Zwar gibt es immer wieder Stimmen, die die Notwendigkeit neuer Verhandlungen zwischen beiden Seiten fordern. Ob es jedoch dazu kommen wird, ist offen.

Der palästinensische Präsident Abbas hat mehrfach angekündigt, er werde nach dem Ablauf seiner Amtszeit im Januar 2009 nicht wieder kandidieren. Es gibt allerdings Zweifel, ob er dabei bleibt. Manche meinen,

der in israelische Haft sitzende frühere Anführer der Tanzim-Milizen, Marwan Bargouthi, sei der einzige, der Fatah wieder einigen und bei Wahlen gegen Hamas bestehen könnte. Seine Freilassung wird auch von israelischen Politikern, die aus dem Sicherheitsapparat kommen, gefordert. Es gibt allerdings auch Meinungen, die die Lage in der Westbank im allgemeinen und in Fatah im besonderen für zu zerrüttet halten, als dass diese Einschätzung noch stimmen würde.

Die Schärfe des israelisch-palästinensischen Konfliktes zeigt sich vor allem in Jerusalem. 2008 gab es dort drei Anschläge. Nach israelischer Lesart ist Jerusalem die ungeteilte Hauptstadt Israels. Praktisch aber ist die Stadt seit langem geteilt. Das sehen laut Umfrage auch 56 Prozent der befragten jüdischen Israelis so. Durch die Neuziehung der Stadtgrenzen direkt nach dem Krieg von 1967 und die formale Annexion des Ostteils von Jerusalem an Israel, gilt in Ostjerusalem israelisches Recht. Die palästinensischen Einwohner und Einwohnerinnen von Ostjerusalem zahlen Steuern an Israel und sind Mitglied der nationalen Krankenversicherung. Sie sind allerdings keine israelischen Staatsbürger und Staatsbürgerinnen. Sie haben lediglich eine blaue israelische Identitätskarte und den Status des „permanent resident“. Damit können sie sich in Israel frei bewegen. Sie können zwar nicht an den nationalen, wohl aber an den kommunalen Wahlen teilnehmen. Davon machen aber nur wenige Palästinenser Gebrauch, weil sie dieses als Anerkennung der israelischen Besatzung sehen.

Mit dem Bau der Mauer in Jerusalem werden nicht Israelis von Palästinensern und Palästinenserinnen getrennt, sondern PalästinenserInnen in der Stadt Jerusalem von PalästinenserInnen in der Westbank. Insgesamt werden so über 150.000 Palästinenser und Palästinenserinnen auf die israelische Seite „geholt“. In den Jahren der zweiten Intifada herrschte die Meinung vor, den Ostjerusalemern Palästinensern und *Stadtteil Neve Zedek*

Palästinenserinnen gehe es vergleichsweise besser als jenen in der Westbank.



Tel Avivs Stadtteil Neve Zedek

Die Gefahr eines Attentäters aus Ostjerusalem wurde als gering eingeschätzt. Diese Lesart der Realität war schon damals fragwürdig und wird durch die Attentate der vergangenen Monate widerlegt.

Solange der Konflikt andauert, wird es in der jetzigen Struktur kaum möglich sein, Attentate zu verhindern. Das haben inzwischen selbst Vertreter der israelischen Sicherheitsorgane eingeräumt. Wie hilflos die Politik reagiert, zeigen Drohungen, die Häuser der Angehörigen der Attentäter zu zerstören. Das dürfte sich mit dem israelischen Gesetz kaum vereinbaren lassen. Sogar in der Westbank wird diese Art von Bestrafung kaum noch angewandt, nachdem vor drei Jahren eine vom Militär eingesetzte Kommission festgestellt hat, dass diese Strafmaßnahme ein Akt von Kollektivbestrafung darstellt, die Terrorismus möglicherweise sogar fördert.

Zaun-Mauer-Sperranlage, wie immer man es nennt, es ist entgegen der Planungen nicht fertig gebaut und Kritiker des Verlaufs, die jedoch der Anlage generell zustimmen, bezweifeln, ob es je zu einer Fertigstellung kommen wird. Nachdem die Armee einige Entscheidungen des Obersten Gerichtshofes zur Ände-

rung des Verlaufs an bestimmten Stellen jahrelang verschleppt hat, beginnt man jetzt unter hohen Kosten, diese Änderungen umzusetzen (vgl. <http://www.boell.org.il/> - Archiv – Was bewegt Israel – Juli 2008)

Die Situation Israels im internationalen Kontext erscheint ambivalent. Zum einen gibt es Glückwünsche und Festakte zum 60. Jahrestag der Staatsgründung, bei denen die Errungenschaften des Staates gewürdigt wurden. Zahlreiche Regierungsdelegationen besuchten Israel. Der US-amerikanische Präsident George W. Bush, der während seiner Amtszeit Israel noch nie besucht hatte, kam gleich zweimal innerhalb weniger Monate. Doch diese Bejahung des Staates Israel, zumal wenn sie kritische Fragen zur israelischen Politik gegenüber den Palästinensern ausspart, repräsentiert nicht unbedingt die Haltungen innerhalb der jeweiligen Gesellschaften (z.B. in Deutschland und Italien).

In den USA werden inzwischen Stimmen laut, dass heutige Generationen anders als frühere nicht mehr mit dem Eindruck einer fundamentalen Bedrohung Israels aufwachsen und dies ihre Einstellung gegenüber Israel beeinflussen wird. Der Wahlkampf in den USA wird in Israel aufmerksam verfolgt. Die zentrale Frage dabei ist, welcher Kandidat besser für Israel wäre. Die Sympathien sind eindeutig. In Umfragen äußern nahezu die Hälfte der befragten jüdischen Israelis ihre Unterstützung für John McCain und nur etwa 18 Prozent für Barack Obama. 40 Prozent der Befragten haben keine Meinung.

In den USA ist derweil eine neue Organisation mit dem Namen J-Street an die Öffentlichkeit getreten. Sie beschreibt sich selbst als Zusammenschluss proisraelischer Amerikaner und Amerikanerinnen, die sich für eine aktive Rolle der USA bei der Erreichung einer Zweistaatenregelung einsetzen sowie für eine Diplomatie mit dem Ziel einer friedlichen Lösung des Nahostkonflikts. Sie greifen die etablierten Pro-Israel-Organisationen zwar nicht direkt an, sehen diese aber einem rechtsnationalistischen Diskurs in Israel verpflichtet und beanspruchen, eine politische Lücke zu



Stadtteil Neve Zedek

füllen. Als der durch Ägypten vermittelte Waffenstillstand zwischen Hamas und Israel Ende Juni 2008 in Kraft trat, schaltete „J-Street“ eine erste große Anzeige in der „New York Times“. Die Botschaft lautete: Wenn Israel militärisch in den Gazastreifen einmarschiert wäre, hätten alle etablierten Pro-Israel-Organisationen an der Seite Israels gestanden. Man müsse auch den Mut haben, Israel laut und deutlich zu unterstützen, wenn es versuche, seine Sicherheit auf diplomatischen Weg zu erreichen.

Im Gegensatz zur Vergangenheit verliefen die Beziehungen zur EU relativ reibungslos. Zwar sorgte sich die israelische Vertretung in Brüssel zeitweilig über zunehmende Kritik innerhalb der EU an der israelischen Abriegelung des Gazastreifens. Doch die neuen Israel-freundlichen Regierungen in Paris und Rom werden von offizieller Seite gerne gesehen. Da Be



Stadtteil Neve Zedek

suche wie der des Ministerpräsidenten Olmert bei der Mittelmeerkonferenz in Paris wegen dessen innenpolitischer Lage als peinlich kommentiert werden, wurde der Frankreichbesuch von Staatspräsident Shimon Peres um so freundlicher begleitet.

Die deutsch-israelischen Beziehungen werden nach dem 40. Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen im Jahr 2005 erneut gefeiert. In Deutschland findet im Jahr 2008 eine Fülle von Feiertagen, Veranstaltungen, Seminaren, Workshops und Diskussionen aus Anlass des 60. Jahrestages der Staatsgründung Israels statt. Hinzu kommen zahlreiche Veröffentlichungen.

Im März 2008 besuchte Bundeskanzlerin Angela Merkel Israel. Der Besuch wurde positiv, teilweise sogar begeistert aufgenommen. Dass Angela Merkel trotz der vergleichsweise langen Besuchsdauer von vier Tagen bei dem Besuch keine Zeit für ein Treffen mit Shoah-Überlebenden hatte, fand kaum Kritik. Einzig Merkels konsequente Nichtthematisierung des israelisch-palästinensischen Konflikts rief im liberalen und linken Lager Kritik hervor. Der bisherige Meretz-Vorsitzende Yossi Beilin kommentierte: „So eine Freundschaft brauche ich nicht.“ Der Journalist und Historiker Tom Segev brachte das Problem auf den Punkt, als er in einem Kommentar zu Merkels Rede in der Knesset dem israelischen Parlament schrieb: Merkels Position spiegelt weder den öffentlichen Diskurs in Deutschland noch den in Israel wider.

Den öffentlichen Diskurs in Israel spiegelt diese Position nicht wider, denn in Israel wird trotz aller Entpolitisierungstendenzen heftig über die Politik der Regierung in den palästinensischen Gebieten gestritten. Den Diskurs in Deutschland spiegelt sie nicht wieder, denn dort gibt es neben den sehr polarisierten unkritischen und anti-israelischen Randpositionen ein breites Mittelfeld, das zwar eine Meinung hat, immer öfter aber in Ruhe gelassen werden möchte mit den Themen Israel, Nahostkonflikt und Juden. Der deutsche Kontext ist durch emotionale Kurzschlüsse und Instrumentalisierungen geprägt. Darin Interesse und Verständnis für Israel zu wecken und über die damit zusammenhängenden Themen differenzierte Diskussionen jenseits der meist inhaltsleeren Kategorien

„wirklicher Freund Israels“ und „Feind Israels“ zu ermöglichen und zu fördern, bleibt eine große Herausforderung.

Vielleicht zeigen die erfolgreichen Aufführungen des Theaterstücks „Die dritte Generation“ der israelischen Schriftstellerin und Regisseurin Yael Ronen mit israelischen, palästinensischen und deutschen Schauspielern beim Theaterfestival im Sommer 2008 in Halle neue Wege. Kulturelle Beiträge könnten helfen, festgefahrene Diskussionslagen und Gedenk- und Auseinandersetzungsrituale zu verändern.

Das ist die Erfahrung der Heinrich-Böll-Stiftung beim Austausch zwischen deutschen und israelischen Schriftstellern. Israelische Filme kommen zunehmend in deutsche Kinos, wie etwa „Die Band von nebenan“ und der im November 2008 anlaufende „Walzer mit Bashir“, ein Animationsfilm, der sich kritisch mit dem ersten Libanon-Krieg und dem Massaker in den palästinensischen Flüchtlingslagern Sabra und Shatila auseinandersetzt. Die Musikszene geht ohnehin ihre eigenen Wege und in Tel Aviv ist es nicht ungewöhnlich, wenn Plakate an Wänden verkünden, dass DJ Hell aus Berlin am Wochenende Platten auflegt.



Laden in der Ben Yehuda Street

Der harten Realität des Nahostkonflikts näher ausgesetzt als die Delegation der Kanzlerin war eine Delegation des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages bei einem Besuch in Hebron in der Westbank im April 2008. Die Delegation wur-

de von jüdischen Siedlern beschimpft, beleidigt und bedroht. Die israelische Polizei und Armee griffen nicht ein und erklärten, sie könnten die Sicherheit der Delegation nicht gewährleisten. Daraufhin brach die Delegation den Besuch ab.

Innenpolitische Entwicklungen

In Israel verlor die israelische Regierung immer stärker das Vertrauen der Bevölkerung. Damit einher ging die weitere Entpolitisierung, die sich bereits durch den zweiten Libanonkrieg im Sommer 2006 zeigte. So war die israelische Bevölkerung am Gipfeltreffen von Annapolis weitgehend desinteressiert.



Bograshov Street

Der Abschlussbericht der Winograd-Kommission zum zweiten Libanonkrieg, der Ende Januar 2008 erschien, führte nicht zur befürchteten Regierungskrise. Der Zwischenbericht der Kommission vom April 2007 hatte die Regierungsentscheidungen, die zum Libanonkrieg führten, in deutlich kritischerem Ton kommentiert als der Schlussbericht. Vor allem enthielt dieser keine Kritik an der Entscheidung der Regierung, noch in den letzten Kriegstagen Bodentruppen einzusetzen.

Parallel zum Höhepunkt der offiziellen Feierlichkeiten zum 60. Jahrestages der Staatsgründung kam die sogenannte Talansky-Affäre an die Öffentlichkeit. Der jüdisch-amerikanische Geschäftsmann Morris Talansky hatte Ehud Olmert vor dessen Amtszeit als

Ministerpräsident jahrelang hohe Geldbeträge zukommen lassen. Später kam die Affäre um angeblich mehrfach abgerechnete Flüge hinzu. Das Ansehen von Olmert sank weiter. Schließlich erklärte Olmert, er werde bei den Wahlen zum neuen Vorsitz seiner Kadima-Partei am nicht mehr kandidieren und das Amt des Ministerpräsidenten niederlegen.

Es gibt auch Stimmen, die Kritik am Verhalten der Presse gegenüber Olmert üben. Doch die Kritik an Olmerts persönlichem Lebensstil ist weit verbreitet. Hinzu kommen zahlreiche Skandale in seiner im Frühjahr 2006 gebildeten Regierung. Olmert hing von Anfang an das Image eines gewieften Anwalts an. Es gelang ihm nicht, sich das Image eines Landesvaters zu erarbeiten.



Banana Beach

Die Tendenz zur Entpolitisierung zeigte sich bereits vor den letzten Parlamentswahlen. Ein Kolumnist schrieb: Früher hieß es: Zwei Israelis, drei verschiedene Meinungen. Heute könne man schon froh sein, bei drei Israelis eine Meinung vorzufinden. Das drückte sich allein in der bisher niedrigsten Wahlbeteiligung von 64 Prozent bei den Knesset-Wahlen im März 2006 aus. Von dem von Olmert damals angekündigten Rückzug aus Teilen der Westbank wurde nichts umgesetzt. Die Gründe liegen vor allem in dem fortgesetzten Beschuss des Südens von Israel mit Qassam- und Mörserraketen sowie dem zweiten Libanon-Krieg 2006. Allzu tief hat sich die folgende Argumentation bei vielen Israelis festgesetzt: „Wir ziehen uns aus dem Gazastreifen zurück und statt dort ein zweites Singapur aufzubauen, beschießen uns die Palästinenser. Wir

haben uns entsprechend der UN-Resolutionen aus dem Süd-Libanon zurückgezogen und entführt unsere Soldaten und beschießt uns.“ Dieses Denken schließt an den rechtsnationalistischen Diskurs an, der besagt, dass nicht die israelische Besetzung das Problem ist, sondern die grundsätzliche Weigerung der arabischen und islamischen Staaten, einen nicht-arabischen und nicht-islamischen Staat in ihrer Mitte zu dulden. Die Stärkung islamistischer Kräfte wie Hisbollah und Hamas in den vergangenen Jahren sowie die Rhetorik des iranischen Regimes dienen als Beleg für diese Denkweise, die weit über das rechtsnationalistische Lager in Israel hinausgeht. Weitere territoriale Kompromisse in der Westbank werden für unmöglich erklärt. Vor allem wird auf die Gefahr verwiesen, dass die Einflugschneise zum Ben Gurion Flughafen in die Schussweite palästinensischer Raketen geraten würde.

Um den Prozess der Entpolitisierung zu verstehen, müssen weitere Aspekte berücksichtigt werden: Für viele Israelis ist der israelisch-palästinensische Konflikt aus ihrem Alltag verschwunden, weil es inzwischen weniger Selbstmordattentate gibt. Die Brutalisierung der israelischen Gesellschaft durch die Brutalität der Besetzung wird kaum noch thematisiert, ebenso wenig die Situation der Palästinenser und Palästinenserinnen unter der Besetzung. Ein Großteil der jüdischen Bevölkerung Israels will nichts mehr davon hören, nicht zuletzt aus der Überzeugung heraus, ohnehin keinen Einfluss zu haben, und nichts ändern zu können. Daran ändern auch die vorhandenen Informationen und die Aktivitäten engagierter Gruppen nichts. Ein Ausdruck davon war die geringe Teilnahme an den Feierlichkeiten der Friedensgruppe Peace Now am Tel Aviver Rabin Platz im April 2008 aus Anlass ihres 30-jährigen Bestehens. Auch der wirtschaftliche Aufschwung hat seinen Anteil an der Entpolitisierung. Die wirtschaftliche Lage hat sich für viele Israelis in den vergangenen Jahren deutlich verbessert.

Eine Umfrage vom Dezember 2007 illustriert diese Entwicklung: 75 Prozent der Befragten sagten, auf der persönlichen Ebene sei das Jahr 2007 gut oder sehr gut gewesen.

Um die Gemütslage vieler Israelis darzustellen, beschrieb ein Korrespondent der „New York Times“ im Juni 2008 eine morgendliche Radiosendung. Es ist keineswegs ungewöhnlich, dass in einer solchen Sendung die Frage, ob Syrien eine Atomwaffe baue, genauso behandelt wird wie eine Hochzeit, die ins Wasser fiel, weil der Braut ein Lautsprecher auf die Füße gefallen war. Da beiden Ereignissen das gleiche Gewicht gegeben werde, könne es für die Hörer und Hörerinnen schwer sein, den Schmerz einer Familie von den strategischen Bedürfnissen des Staates zu unterscheiden.



Wechselstube in der King George Street

Regierung, Parlament, Parteien

Die Partei Kadima leidet deutlich unter dem schlechten Ansehen von Ministerpräsident Olmert. Gegründet von Ariel Scharon als Abspaltung von Likud im

Zusammenhang mit dem Gaza-Rückzug 2005, deckt sie ein breites Spektrum ab. Sie vereint sowohl ehemalige Mitglieder der Arbeitspartei wie des Likud. Das Ansehen von Kadima hat vor allem deshalb unter den Korruptionsvorwürfen seiner führenden Politiker gelitten, weil sie sich bei der Gründung als „saubere“ Partei präsentiert hatte. Nach der Ankündigung Olmerts, nicht mehr zur Wahl des Parteivorsitzenden anzutreten, kämpfen jetzt Tzipi Livni und Shaul Mofaz um den Vorsitz. Eine wesentliche Frage ist, wer eine stabile Koalition zustande bringt, um Neuwahlen zu verhindern: Das wird eher Mofaz zugetraut. Umfragen ergaben allerdings, dass im Fall von Neuwahlen Kadima unter der Führung von Livni mehr Sitze bekommen würde als unter Mofaz.

Die Arbeitspartei ist in einer schlechten Verfassung. Dem im Jahr 2007 zum Parteivorsitzenden gewählten Ehud Barak ist es nicht gelungen, die Partei nach innen zu einen und ihr nach außen Profil zu verleihen. Soziale Fragen sind nicht Baraks Thema. Und im Konflikt mit den Palästinensern und Palästinenserinnen hat er sich als Hardliner gezeigt. Da Barak befürchtet, bei Neuwahlen Stimmen an Kadima zu verlieren, wenn Tzipi Livni dort Vorsitzende ist, macht er inzwischen gegen sie. Unter Mofaz könnte er dagegen Stimmen von Kadima hinzugewinnen.

Seit geraumer Zeit sehen Umfragen den Likud unter Benjamin Netanyahu als eindeutigen Gewinner kommender Knesset-Wahlen. Ob die Ergebnisse bei dem tatsächlichen Wahlgang jedoch so eindeutig sein werden, ist offen. Sowohl die weitere Entwicklung von Kadima wie auch die Höhe der tatsächlichen Wahlbeteiligung werden dabei eine Rolle spielen. Im Allgemeinen ist Netanyahu das Schreckgespenst im liberalen und linken Diskurs in Israel. Ihm wird unter anderem unterstellt, mit rechtsnationalistischen und religiösen Parteien eine Koalition eingehen zu wollen. Es gibt jedoch vereinzelt Stimmen, die auf den Abschluss des Hebron- und des Wye-Abkommens unter der Netanyahu-Regierung in den neunziger Jahren hinweisen: Vielleicht müsse Netanyahu die Kompromisse mit der palästinensischen Seite schließen.

Die linksliberale Meretz hat mit Haim Oron einen neuen Vorsitzenden. Oron setzte sich im ersten Wahlgang gegen seine GegenkandidatInnen durch. Der bisherige Vorsitzende Yossi Beilin hatte nicht mehr kandidiert. Bisher ist es Meretz nicht gelungen, in den Umfragen zuzulegen. Zudem steckt die Partei in einer Krise. Zeitgleich mit der Wahl Orons zum Vorsitzenden erschien ein interner Bericht, der die schwierige Lage der Partei offenlegte: Die Zahl ihrer Mandate schrumpfte von früher zwölf auf fünf, sie muss Schulden zurückzahlen und zeigt im Parlament beim Einbringen von Gesetzentwürfen wenig Aktivitäten.

Die Heinrich-Böll-Stiftung hat im Sommer einer Delegation, der vor allem Vertreter und Vertreterinnen von Meretz angehörten, ermöglicht, in Berlin und Freiburg Gespräche zu umweltpolitischen Themen zu führen.

Die israelischen Grünen hoffen, von der Konjunktur des Umweltthemas zu profitieren und bei den nächsten Wahlen die Zweiprozenthürde zu überwinden. Das gilt trotz Konjunktur grüner Themen als unsicher. Ausgerechnet aus den Reihen der Umweltorganisationen wächst Widerstand gegen die Partei der Grünen. Nicht wenige befürchten, dass gerade diese Partei eine das Thema Umwelt schädigt durch eine intransparente Struktur, die thematische Beschränkung auf Umweltthemen und nicht zuletzt durch den als problematisch erlebten Vorsitzenden Peer Visner. Der Vergleich mit der Rentnerpartei wird hergestellt, die überraschend mit acht Abgeordneten ins Parlament einzog, dort aber für ihr Thema ausgesprochen wenig konstruktive Politik machte. Eine neue Gruppierung, die bisher unter dem Namen „Green Israel“ firmiert, hatte zunächst Kontakt mit den bestehenden Grünen aufgenommen, doch man konnte sich nicht einigen bei der Frage, wie eine grüne Partei aussehen sollte. „Green Israel“ hat sich bislang nicht formal als Partei konstituiert. Die Gruppe führt landesweit Treffen durch und rekrutiert Mitglieder.

Auch bei den Kommunalwahlen in Tel Aviv bekommen die Grünen, die in der Stadtregierung sitzen und einen stellvertretenden Bürgermeister stellen, Konkurrenz. Zu den Wahlen wird eine Liste mit dem Namen Ir L’Kulanu (Eine Stadt für uns alle) antreten. In ihr

versammeln sich Mitglieder von Meretz, Demokratischer Front und ehemalige Likudmitglieder. Das Programm ist sozial- und umweltpolitisch ausgerichtet. Für diese Liste tritt Dov Khenin als Kandidat für das Bürgermeisteramt an. Er ist Knesset-Abgeordneter der Demokratischen Front und über Parteigrenzen wegen seines umweltpolitischen Engagements anerkannt. Ir L’Kulanu rechnet sich Chancen aus, Menschen aus dem enormen Potential der Nichtwähler zu mobilisieren. Bei den letzten Kommunalwahlen im Jahr 2003 nahmen in Tel Aviv nur 30 Prozent der Wahlberechtigten an den Wahlen teil. Manche träumen in diesem Zusammenhang bereits von einer neuen linken Partei, die aus Ir L’Kulanu entstehen und der sich Teile von Meretz, der Arbeitspartei und der Demokratischen Front anschließen könnten.



Stadtteil Neve Zedek

Die Partei Yisrael Beteinu und ihr Vorsitzender Avigdor Lieberman verließen Mitte Januar 2008 die Regierungskoalition, weil sie gegen weitere Verhandlungen mit der palästinensischen Seite und gegen das Prinzip „Land gegen Frieden“ sind. Der eigentliche Grund dürfte in dem laut Meinungsumfragen zunehmenden Verlust von Stimmen an den Likud liegen.

Die religiöse Partei Shass hat im Zusammenhang mit den israelisch-palästinensischen Verhandlungen mit dem Rückzug aus der Koalition gedroht, sobald das Thema Jerusalem auf die Tagesordnung gesetzt wird.

Die am 11. November 2008 stattfindenden Kommunalwahlen könnten ein Indikator dafür sein, wie nach-

haltig das Vertrauen der Bevölkerung in die politischen Institutionen beschädigt ist. Zum anderen werden sie zeigen, inwieweit es Nichtregierungsorganisationen gelingt, diese Wahlen dafür zu nutzen, um ihre Themen in die Öffentlichkeit zu bringen. Das gilt vor allem für Umweltgruppen, von denen dies einige mit Unterstützung der Heinrich-Böll-Stiftung tun.

Eine Quelle für Unruhe im liberalen Teil der israelischen Gesellschaft waren die wiederholten Aktivitäten von Justizminister Friedman zur Reform des Justizwesens. Das wurde als Frontalangriff gegen die Unabhängigkeit der Justiz verstanden. Bislang ist Friedman mit seinen Versuchen gescheitert. Einem Kommentar zufolge spielt das Ganze der Arbeitspartei in die Hände. (vgl. <http://www.boell.org.il/> - Archiv – Was bewegt Israel – Oktober 2007).

Zurecht hat der ehemalige Meretz-Vorsitzende Yossi Sarid auf eine Reihe problematischer Gesetze hingewiesen, die in dieser Legislaturperiode eingebracht worden sind: das Gesetz, das die Rückgabe von israelischen kontrolliertem Gebiet an eine Volksabstimmung oder eine Zweidrittelmehrheit im Parlament bindet; das Gesetz gegen den Besuch von Feindstaaten, das die Möglichkeit geben soll, arabische Mitglieder aus dem Parlament zu entfernen, wenn sie in Länder reisen, die von Israel als Feindstaaten eingestuft werden, das Staatsangehörigkeitsgesetz, das die Zusammenführung palästinensischer Familien verhindert und das Kompensationsgesetz, das unschuldigen Opfern in den palästinensischen Gebieten Rechte verweigert und schließlich das sogenannte Dromi Gesetz, das es möglich macht, auf Einbrecher zu schießen ohne überflüssige Fragen zu stellen.

Erhebliche Probleme gibt es im Bildungsbereich. Im vergangenen Jahr fanden zeitgleich Streiks von Hochschullehrenden und LehrerInnen an Mittel und Oberschulen statt. Letzterer dauerte 64 Tage (vgl. <http://www.boell.org.il/> - Archiv – Was bewegt Israel – November 2007 und Dezember 2007).

Nach der Wirtschaftskrise in den ersten drei Jahren der zweiten Intifada hatte Israel ab 2004 ein Wirt-

schaftswachstum von jährlich 5,2 bis 5,3 Prozent. Für das Jahr 2008 erwartet das Finanzministerium nur noch ein Wachstum von 4,2 Prozent und für 2009 von 2 bis 3 Prozent. Ein Problem wird in der Stärke des israelischen Schekel gesehen. Exporteure erhielten weniger Schekel pro exportierten Dollar. Das bisherige Wirtschaftswachstum wird unter anderem der erfolgreichen Integration Israels in die globale Wirtschaft zugeschrieben. Gleichzeitig können die Möglichkeiten wegen der Konflikte vor allem mit den Palästinensern und Syrien nicht voll ausgeschöpft werden.



Schaufenster eines Bücherladens

Das bisherige Wirtschaftswachstum hat allerdings nichts an den sozialen Gegensätzen geändert. Diese sollen inzwischen größer sein als in den USA. Wirtschaftliche Probleme betreffen vorrangig die ultraorthodoxe und die arabische Bevölkerung sowie die Peripherie. Der Anstieg der Armut in Zeiten wirtschaftlichen Wachstums zeigt den Anstieg der gesellschaftlichen Ungleichheit. So leben rund 1,6 Millionen Israelis unter der Armutsgrenze, davon 800.000 Kinder. Diese Entwicklung geht mit einer Verkleinerung der Mittelschicht einher. Während diese Ende der 1980er Jahre noch ein Drittel der Bevölkerung ausmachte, schrumpfte sie inzwischen auf ein Viertel. Gleichzeitig ging ihr Anteil am Nationaleinkommen

Platz eines Obdachlosen



um 20 Prozent auf 24 Prozent zurück. Die Arbeitslosigkeit schrumpfte von 11 Prozent auf 6 Prozent. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen steigt allerdings, viele der angebotenen Stellen sind Teilzeitjobs, vor allem für Frauen. Diese Zahlen stammen aus einer Broschüre des Adva Center, die in Zusammenarbeit mit der Stiftung einem englischsprachigen Publikum zugänglich gemacht wurde.

Die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen stieg im vergangenen Jahr und erreichte fast den Stand des Jahres 2002. 2007 lebten etwa 200.000 ausländische Arbeitskräfte in Israel. Gründe dafür sind die zurückgehende Zahl von Ausweisungen sowie die gestiegene Zahl von Arbeitserlaubnissen in der Landwirtschaft und im Bereich der Altenbetreuung. 45 Prozent der Ausländer und Ausländerinnen arbeiten ohne Arbeitserlaubnis in Israel. Die Heinrich-Böll-Stiftung unterstützt seit langem ein Projekt, das sich für die Rechte dieser Menschen einsetzt.

Israel befindet sich im Beitrittsprozess zur Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und hat die erste Stufe absolviert. Bis Ende 2009 sollen alle Standards der Organisation vollständig erfüllt sein.

Grüne Themen haben Konjunktur. Habe früher jeder Umweltaktivist täglich einen Baum umarmt, so wolle heute jeder israelische Politiker täglich einen Umweltaktivisten umarmen, sagte kürzlich der Vertreter einer Nichtregierungsorganisation (NGO) im Tel Aviver Büro der Heinrich-Böll-Stiftung.

Die verstärkten internationalen Debatten zum Klimawandel schlagen sich auch in Israel nieder. Die Medien zeigen zunehmend Interesse an einem Austausch zwischen politischen Entscheidungsträgern und Nichtregierungsorganisationen. Ein Großteil der umweltpolitischen Aktivitäten von Regierung und Wirtschaft sind indes nicht mehr als Lippenbekenntnisse. Viele Akteure beschreiben die Notwendigkeit von Weiterbildung und guter Aufarbeitung von Kenntnissen. Der Heinrich-Böll-Stiftung kommt in diesem Bereich eine große Bedeutung zu, verfügt sie nämlich über ausreichende Erfahrungen und ist mit anderen Umweltorganisationen gut vernetzt. Gleichzeitig ist bei zivilgesellschaftlichen Gruppen ein zunehmendes Interesse an den Schnittstellen von Umweltpolitik, Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik erkennbar.

Auch auf parlamentarischer Ebene hat die Zusammenarbeit von Umweltorganisationen und der Umweltlobby in der Knesset zu beeindruckenden Erfolgen geführt. So wurde im Juli 2008 das Gesetz zur Luftreinhaltung verabschiedet, das professionelle Standards setzt und dem Umweltministerium die Autorität gibt, diese zu überwachen. Bisher jedoch fehlen dem Umweltministerium die Kapazitäten zur Umsetzung des Gesetzes. Alle Bemühungen scheiterten, diese vom Finanzministerium zu erhalten.

Einen zunehmenden Raum im öffentlichen Diskurs nehmen die Probleme der Wasserversorgung ein. Die Wasserbehörde erhöhte die Preise für Wasser und verdoppelte sie für die Bewässerung öffentlicher Anlagen. Im kommenden Jahr könnte das Bewässern von Grünanlagen verboten werden sowie mit einer weiteren Verringerung des Kontingentes, welches der Landwirtschaft zur Verfügung steht.

Bauern in insgesamt 44 Ortschaften in Galiläa, des Hula Tals und der Golanhöhen haben angekündigt,

Nebenflüsse des Jordan so umzuleiten, dass sie mit dem Wasser ihre landwirtschaftlichen Produkte bewässern können. Beim See Genezareth hat der Wasserspiegel nicht nur die rote, sondern bereits die schwarze Linie erreicht. Die Wasserbehörde plant die Bohrung neuer Brunnen und die Reinigung verschmutzter Quellen in der Küstenregion. Außerdem soll verbrauchtes stärker als bisher aufbereitet werden. Die Produktion von Meerwasserentsalzungsanlagen soll von derzeit 130 Millionen Kubikmeter auf 650 Millionen im Jahr 2013 ansteigen.

Schließlich wurde eine große öffentliche Kampagne für ein wirtschaftliches Umgehen mit Wasser gestartet. Plakate mit der Aufschrift „Israel geht von rot zu schwarz“ wurden im ganzen Land geklebt. Allzu viele glauben jedoch immer noch, das Problem vorrangig mit Großtechnologie in Form von Meereresalzungsanlagen lösen zu können (vgl. <http://www.boell.org.il/> - Archiv – Was bewegt Israel – Juni 2008).



Bograshov Street

Staats- und Wirtschaftsführer sowie Vertreter der Weltbank planen seit Jahren neue Großtechnologien. So soll die Aravaregion durch künstliche Seen und Hotels und durch einen Kanal zwischen dem Roten Meer und dem Toten Meer zum Blühen gebracht werden. Außerdem soll der Wasserstand des Toten Meeres, der seit vielen Jahren jährlich um einen Meter sinkt, wieder erhöht werden. Der israelische Staatspräsident gehört zu diesen „Visionären“ ebenso wie Nicolas Sarkozy. Die Heinrich-Böll-Stiftung hat

dagegen die Organisation Friends of the Earth Middle East bei ihren Bemühungen unterstützt, kritische Anfragen zu dem Projekt zu starten, Studien über Machbarkeit und Auswirkungen der Planungen zu fordern sowie Alternativen zu erforschen.

Mit dem Ausbau des Eisenbahnsystems hat die Anzahl der Bahnreisenden zugenommen. Ihre Zahl verdoppelte sich von 17 Millionen im Jahr 2002 auf 34 Millionen 2008. Vor diesem Hintergrund gab es heftige Kritik an der Entscheidung, den Bau einer Bahnstrecke zwischen Beer Sheva und Ashkelon aus finanziellen Gründen vorerst einzustellen. Schließlich wurde die Entscheidung wieder revidiert.

Der Versuch der Stadt Tel Aviv, neue Wege der Mobilität zu gehen und nach Pariser Vorbild ein öffentliches Fahrradverleihsystem zu errichten, war nur von kurzer Dauer. Mit dem Hinweis, die Anbieter seien zu teuer, wurde die Initiative wieder eingestellt.



Häuserwand in der Dizengoff Str.

Das Ministerium für Handel und Industrie bemüht sich um einen israelischen High-Tech Unternehmer, der ein Elektroauto produzieren soll. Im vergangenen Jahr nahm der Verkauf von Hybridwagen in Israel zu. Im Gegensatz zu den USA steigt in Israel der Verkauf von spritfressenden Geländewagen jedoch nach wie vor an.



Ben Yehuda Street

Bestehende Probleme bei der Nutzung alternativer Energien, setzen sich weiter fort. Nach Jahren bürokratischer Blockaden wurde Anfang 2008 der Bau eines Sonnenkraftwerkes in der Negev-Wüste ausgeschrieben. Die israelische Landverwaltung entschied im Sommer 2008, von den Betreibern solcher Projekte den vollen Verpachtungspreis ohne Ermäßigungen zu verlangen. Das Infrastrukturministerium verlangt zwar, diese Entscheidung zurückzunehmen. Doch zunächst sind die Projekte für eine alternative Energiegewinnung blockiert.

Am 1. Juli 2008 trat eine Regelung in Kraft, die sowohl für die Industrie als auch für private Investoren einen Anreiz bieten soll, Solarpaneele auf Dächern von Neubauten zu installieren. Der überschüssige Strom kann an die Elektrizitätsgesellschaft verkauft werden.

Frauen sind in der israelischen Gesellschaft nach wie vor marginalisiert. Die starke Militarisierung der Gesellschaft hat daran einen großen Anteil. Feministische Gruppen und Frauenorganisationen greifen diese Themen immer wieder auf. Eindeutigen Verbesserungen stehen nachhaltigen Diskriminierungen und Probleme gegenüber. Fälle sexueller Übergriffe

wie der des ehemaligen Justizministers Ramon und des ehemaligen Staatspräsidenten Katzav zeigten allerdings, dass Frauen in staatlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Strukturen sich heute eher gegen Angriffe wehren als früher. Deutlich wurde aber auch, welchem Druck die betroffenen Frauen ausgesetzt sind.

Die Situation von Frauen in Israel offenbart einen Zwiespalt zwischen Gesetzgebung und politischer und gesellschaftlicher Realität. So gibt es außer Israel bislang kein Land auf der Welt, in dem die Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrates, wonach Frauen in Verhandlungsprozessen bei politischen Konflikten angemessen beteiligt werden müssen, vom Parlament in die nationale Gesetzgebung aufgenommen wurde. Auf der anderen Seite hat dies bislang für die Delegationen, die mit den politischen Verhandlungen befasst sind, keine erkennbaren Folgen gehabt. Eine von der Heinrich-Böll-Stiftung geförderte Gruppe versucht, genau hier anzusetzen.

Bei den Gruppen, die sich für die Rechte von Frauen und für Geschlechterdemokratie einsetzen, bestehen weniger Koalitionen und eine größere Zersplitterung als etwa bei den Gruppen im Umweltbereich. Entsprechend einem feministischen Verständnis spielen Identitätsfragen in Israel eine wichtige Rolle. Vor allem Frauen erfahren, die neben der Diskriminierung als Frau weitere Diskriminierungen erfahren, unter anderem aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit. Allerdings führt das nicht zur Solidarisierung untereinander. Der Grund: die Spaltung der jüdischen Mehrheitsgesellschaft, etwa zwischen Frauen aschkenasischer, sefardischer oder äthiopischer Herkunft.

Auch die Gay Pride Parade in Jerusalem 2008 wurde von den Vertretern der großen Religionsgemeinschaften abgelehnt. Sie ging aber ohne große Proteste von Seiten ultraorthodoxer jüdischer Gruppen über die Bühne. Das dürfte u.a. an den intensiven Bemühungen der Organisatoren gelegen haben, mit Vertretern ultraorthodoxer Gruppen ins Gespräch zu kommen.

Die Lage der arabischen Bevölkerung Israels hat sich nicht verbessert. Die wirtschaftliche Kluft zwischen

jüdischer Mehrheit und arabischer Minderheit erhöhte sich auf 20 Prozent. Lediglich im Bereich des Wohnungswesens verringerte sich der Abstand.

Im Januar 2008 entschied der Oberstaatsanwalt, gegen keinen der Polizisten, die für die Erschießung von insgesamt zwölf arabischen Israelis während der Unruhen im Oktober 2000 verantwortlich sind, Anklage zu erheben. Dies hat das verbreitete tiefe Misstrauen in der arabischen Bevölkerung gegenüber den Institutionen des Staates weiter verstärkt.

Die in den vergangenen Jahren von arabischen Organisationen veröffentlichten Grundsatzpapiere haben nicht die von den Initiatoren erhofften Diskussionsprozesse ausgelöst. Statt dessen verstärkte sich in der jüdischen Mehrheitsgesellschaft der Eindruck, dass ein Teil der arabischen Bevölkerung Israels dem Staat nicht loyal, sondern feindlich gegenübersteht. Die Spannungen bergen ein hohes Konfliktpotential. Immerhin sehen 17 Prozent der jüdischen Bevölkerung eine gewaltsame Rebellion der arabischen Israelis gegen den Staat als größte Bedrohung an. Die Spannungen dürften in dem Maße ansteigen, in dem die Mehrheitsgesellschaft von der arabischen Bevölkerung ein zionistisches Bekenntnis als Vorbedingung für ein friedliches Zusammenleben fordert und in dem die arabisch-palästinensische Minderheit die zionistische Bewegung und den Staat Israel als kolonialistisch-rassistisches Projekt verdammt.



Werbung einer Bank zum Unabhängigkeitstag: 60 Jahre Israel

Zur Polarisierung tragen die regelmäßigen Schlagabtausche zwischen rechtsnationalistischen und arabischen Abgeordneten in der Knesset bei. Es gibt aber auch Gruppen, die nach Wegen suchen, die Lage der diskriminierten arabischen Minderheit dauerhaft zu verbessern. Ohne dabei zu fordern, dass sich erst einmal alles ändern müsse, bevor sich etwas ändern könne.

Die Heinrich-Böll-Stiftung unterstützt Organisationen, die an dem Thema einer künftigen israelischen Verfassung arbeiten sowie an einer „best practice“ Übersicht über arabische Kommunen in Israel.

Die Auseinandersetzung um den Umgang israelischer Regierungen mit Shoah-Überlebenden setzte sich in diesem Jahr fort. Eine vom Parlament eingesetzte Kommission unter Vorsitz der ehemaligen Richterin am Obersten Gericht, Dalia Dorner, legte Ende Juni 2008 ihren Bericht vor. Darin wurde dem israelischen Staat vorgeworfen, sich jahrzehntelang seiner Verantwortung gegenüber Überlebenden entzogen zu haben. So habe die Regierung ein Urteil des Obersten Gerichtshofes von vor zwölf Jahren ignoriert, dass die Zahlungen an Überlebende in Israel so hoch sein müssen wie in Deutschland. Man habe aber die finanziellen Probleme der Regierung berücksichtigt und fordere deshalb eine Zahlung von 75 Prozent der deutschen Pensionszahlungen an 43.000 Überlebende in Israel, rückwirkend zum Beginn des Jahres 2008.

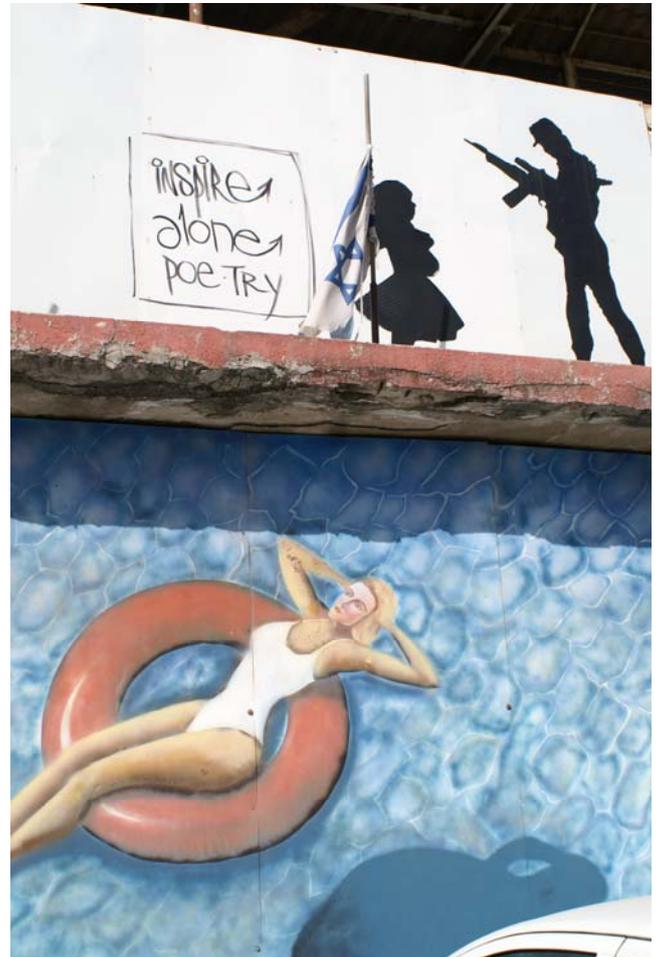
Kritik wurde an der Abteilung des Finanzministeriums geübt, die für die Shoah-Überlebenden zuständig ist. Die Heinrich-Böll-Stiftung und Aktion Sühnezeichen Friedensdienste haben im Juni 2008 gemeinsam eine Veranstaltung mit Überlebenden unter dem Titel „Leben nach dem Überleben – Shoah-Überlebende in Israel“ durchgeführt.

Der 60. Jahrestag der Staatsgründung war Anlass für Grundsatzdiskussionen und Fragen zum Selbstverständnis. Die jüdischen Israelis feierten den Unabhängigkeitstag. Die Palästinenser und Palästinenserinnen in den palästinensischen Gebieten und in Isra-

el begingen wenig später den Gedenktag an die Naqba, die Katastrophe. Die unterschiedlichen Narrative zu sehen, die Versuche, sie gegenseitig zu verstehen und nach möglichen Gemeinsamkeiten zu suchen, ist das Geschäft kleiner Minderheiten auf beiden Seiten.

Im Vorfeld der Annapolis-Konferenz begannen neue Auseinandersetzungen um die Frage, was ein jüdischer Staat sei. Plötzlich verlangte die israelische Regierung von der palästinensischen Seite, Israel explizit als jüdischen Staat anzuerkennen. Das gab es vorher nie. Kommentatoren, die sich selbst als Zionisten verstehen, bezeichneten die Forderung als absurd. Sie solle sich vielmehr an die israelische Seite richten, die durch die Fortsetzung der Besiedlung der Westbank selbst gegen die Idee eines jüdischen Staates agiere.

Darüber hinaus gibt es Auseinandersetzungen zur Frage der Einwanderung: Wer ist wie jüdisch und wer kann Israeli werden? Angesichts der Auseinandersetzungen um die Gruppe der Falashmura aus Äthiopien, fordern Teile der Gesellschaft eine Einwanderungspolitik für Nichtjuden. Schon seit vielen Jahren gibt es einen Streit darüber, ob, wann und wie die noch in Äthiopien verbliebenen Angehörigen der Falashmura nach Israel einwandern dürfen.



Arlozorov Street

Ausblick

Laut Umfragen befürchten etwa drei Viertel der jüdischen Bevölkerung und 61 Prozent der arabischen Bevölkerung Israels innerhalb der kommenden fünf Jahre einen Krieg zwischen Israel und einem oder mehreren arabischen Staaten. Andererseits gibt es Zufriedenheit und Optimismus. Aus Anlass des 60. Jahrestages der Staatsgründung gaben 78 Prozent der Israelis zu Protokoll, Israel sei im Militärbereich erfolgreich. 38 Prozent erwarten eine Verbesserung der Sicherheitslage in den nächsten zehn Jahren. Nur 15 Prozent befürchten eine Verschlechterung. In der arabischen Bevölkerung befürchtet jedoch die Mehrheit eine Verschlechterung.



Schaufenster eines Restaurants: „Kosher“

Das Problem, dass es bis heute in Israel keine gesetzliche Regelung des Asylrechts gibt, wurde angesichts steigender Flüchtlingszahlen aus Afrika deutlich. (vgl. <http://www.boell.org.il/> - Archiv – Was bewegt Israel – Dezember 2007)

Das kommende Jahr bringt Änderungen in der politischen Szene. Für die Entwicklung Israels besonders interessant sind die neue israelische Regierung, die neue US-amerikanische Regierung sowie die Präsidentschaftswahlen im Iran. Was und wie viel sich hinsichtlich der Probleme und Konflikte verändern wird, bleibt abzuwarten.

Hat der ehemalige Beauftragte des Nahostquartetts, James Wolfensohn, Recht mit der Forderung, Israelis und Palästinenser müssten lernen, dass sie keine Show am Broadway seien? Angesichts der Konflikte, der Krisen und Kriege in Afghanistan, Irak und im Kaukasus sowie angesichts der Passivität oder des nur halbherzigen Engagements des Quartetts könnte dieser Eindruck gewonnen werden.

Die Prognosen für das kommende halbe lassen sich schwarz und grau beschreiben. In der schwarzen Sichtweise ist der Waffenstillstand im Gazastreifen in Kürze beendet und Israel unternimmt eine militärische Aktion mit offenem Ausgang. In der Zeit zwischen der Wahl des neuen US-Präsidenten und seiner Amtseinführung besteht eine realistische Chance auf einen militärischen Angriff auf den Iran, ebenfalls mit unvorhersehbaren Folgen. Von den Verhandlungen mit Syrien oder mit den Palästinensern ist aus dieser Perspektive keine Rede mehr. In der Partei Kadima setzt sich Shaul Mofaz als neuer Parteivorsitzender durch. Es gelingt ihm nicht, eine stabile Regierung zu bilden. Deshalb gibt es Neuwahlen, durch die eine Rechtsregierung unter Benjamin Netanyahu an die Macht kommt.

In der grauen Sichtweise wird eine Intervention im Gazastreifen wahrscheinlich. Gleichwohl wird angenommen, dass die Verhandlungen zwischen Israel und dem palästinensischen Präsidenten Abbas weitergehen. Dabei könnte es zu einem Durchbruch kommen, der zwar unmittelbar nicht umgesetzt wird, aber der dennoch ein wichtiger Referenzpunkt sein könnte. Auch in den Verhandlungen mit Syrien könnte es Ehud Olmert bei einem Verbleiben im Amt bis zu Neuwahlen im Frühjahr 2009 gelingen, Eckpunkte zu erreichen, die weder von einer künftigen israelischen, noch einer künftigen US-amerikanischen Regierung



Flohmarkt in Jaffo

ignoriert werden können. Das Thema Iran bleibt anstrengend, schwierig und bedrohlich. Aber zu einem Militärschlag kommt es nicht.

Diese graue Sichtweise wäre dann der Weg zwischen Apokalypse und Katharsis, die beiden Pole, zwischen denen häufig Nahostdiskussionen pendeln.

Bei aller Aufregung tut es zuweilen gut, mit Humor zu reagieren. So gibt es in der Frage des israelisch-palästinensischen Konfliktes immer wieder skurrile Lösungsvorschläge. Der Kolumnist der Tageszeitung Haaretz, Michael Handelszalts, klagte über die für ihn unerträgliche Hitze im Sommer in Israel. So konnte er in dem Vorschlag eines Kurators, den Palästinensern das Land von Anfang Mai bis Ende Oktober zu geben und den Juden von Anfang November bis Ende April durchaus eine Verbesserung der Devise von Yitzhak Rabin sehen: „Sie werden dort sein und wir werden hier sein.“ Vielleicht lässt sich das mit dem Vorschlag eines Tel Aviver Künstlers kombinieren, der in Weimar studiert. Er will einen jüdischen Staat in Thüringen gründen. Die dazugehörige Bewegung nennt sich „Medinat Weimar“, der Staat Weimar.

Im kommenden Jahr kommt vermutlich ein Film in die Kinos, in dem ein deutscher Rockstar der Jugend der Welt den Nahostkonflikt erklärt und dabei schon mal Humus und Hamas verwechselt. Der Rockstar interviewt unter anderen Yossi Alpher, den Herausgeber des seriösen israelisch-palästinensischen Internet-newsletters Bitterlemons. Anfang Juli 2008 schrieb Alpher darüber, wie er bei diesem Interview reingelegt wurde. Nun kann jeder und jede auch viel besser verstehen, wie der britische Komiker Sacha Baron Cohen (alias Borat) zu dem Material kommt, das er in seinen Filmen verwendet ...